GRÜNE ALTE

Demokratie mon amour

...weil Freiheit das schönste Grün ist.

DAS MAGAZIN

Ausgabe 8 Januar 2026

Unser Schwerpunkt:
Landtags- und Kommunalwahlen

INHALT DES MAGAZINS

Auf ein Wort.	Seite	3
Landtagswahl Baden-Württemberg am 8. März 2026	Seiten	4 - 7
Interview Katharina Beck mit Christa Möller-Metzger	Seiten	8 - 12
Kommunalwahl in Bayern am 8. März 2026	Seiten	13 - 15
Wie man mit betrügerischen Wahlversprechen...	Seiten	16 - 17
Digitale gesellschaftliche Teilhabe	Seiten	18 -19
Grün älter werden - heißt Chancen nutzen Kommunalwahl in Hessen am 15. März 2026	Seiten	20 - 21
Ich kann doch nichts an den Verhältnissen ändern? - Doch!	Seiten	22 - 23

Der Vorstand ist zu erreichen unter: buero@gruenealte.de !

Impressum:

Herausgeber: (V.i.S.d.P.) Christa Markl-Vieto, GRÜNE ALTE 2026
Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Erreichbar über: buero@gruenealte.de
Vorstand: Sprecher*innen Christa Markl-Vieto, Dirk Schmidtmann
Schatzmeister: Detlef Meyer zu Heringdorf
Beisitzer*innen: Annelie Katt, Christa Möller-Metzger, Ria Hinken, Kordula Schulz-Asche
Redaktion des Magazins: Christa Markl-Vieto, Sabine Sundermann (Text),
Christa Möller-Metzger, Detlef Meyer zu Heringdorf, Ria Hinken, Frank Spade,
Beiträge aus den Landesverbänden Baden-Württemberg,
Hessen (Wolfgang Strengmann-Kuhn), Bayern (Harald Damskis),

Fotos: Titelbild, S. 18 Hanke, S. 3 privat, S. 4 -6 Grüne Baden-Württemberg, S. 8-12 Christa Möller-Metzger, S.13-15 © Harald Damskis Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0g, S. 20-21 Grüne LAG 60 Hessen

Selbstbewusst alt sein - ein Plädoyer

Menschen werden alt, werden eine Seniorin oder ein Senior. Wir haben intern viele Diskussionen darüber geführt, ob es uns schadet, dass wir uns **GRÜNE ALTE** nennen, oder ob wir nicht lieber *Evergreens*, *Ü60*, oder wie auch immer heißen sollten. Denn bei „alt" will ja niemand dazugehören – alt sein ist einfach nicht angesagt.
Aber was bedeutet das eigentlich? *Jung* steht offensichtlich für aktiv, attraktiv, lebendig, anerkanntes Mitglied dieser Gesellschaft, nützlich, gebraucht. Die Liste der Zuschreibungen zu „jung" ist unendlich. Die Zuordnungen zu „alt" auch: nicht mehr gebraucht, krank, pflegebedürftig, nicht mehr attraktiv und schon gar nicht aktiv.
Das ist in doppelter Hinsicht unsinnig und diskriminierend: Zum einen treffen die meisten der Attribute des „Alt-Seins" gar nicht zu. Zum anderen ist „Altersdiskriminierung eine Kampfansage an das eigene spätere Ich" (Zitat von Claudia Mahler, UN-Beauftragte gegen Altersdiskriminierung). Egal, wie wir leben, was wir tun, wie wir uns fühlen, was wir mögen oder vermeiden – wir werden alle alt, wenn wir das Glück haben, nicht vorher zu sterben.
Unser Plädoyer geht dahin, es als Glück zu begreifen, alt zu werden und im Alter noch einmal eine neue Lebensphase gestalten zu können. Ja, es hängt von vielem ab, wie diese Phase aussieht: ob wir gesund und finanziell abgesichert sind, ob unsere Wohnsituation stabil ist, ob wir uns sicher bewegen können, ob Menschen um uns sind, die uns guttun und lieben, ob wir am gesellschaftlichen Leben teilhaben und unsere Tage so gestalten können, wie es uns gefällt. Kurz gesagt: ob wir ein gutes Leben im Alter haben.
Wir können wir uns gesellschaftlich engagieren, Enkeln Zeit und Geduld schenken und damit die beruflich stark eingespannten Eltern unterstützen, uns um die menschlich-sozialen Belange unserer Gesellschaft kümmern – auch Ehrenamt genannt. Und ja: Es ist uns eine Ehre, gebraucht zu werden und unsere Erfahrungen dort einzubringen, wo sie hilfreich sind.
Altwerden und Altsein darf nicht zum Diskriminierungsmerkmal verkommen, wir müssen für ein gutes Leben im Alter eintreten. Es ist der Lauf des Lebens: Jeder Mensch kommt jung auf die Welt und wird im Laufe seines Lebens alt. Daran werden wir – und auch die Wissenschaft – nichts ändern, auch dann nicht, wenn wir uns *Seniorinnen und Senioren* nennen.
Aber wie wir alt werden, das können wir beeinflussen: in Würde, geliebt, geschätzt und als Teil des Ganzen – oder diskriminiert, geduldet und als nicht mehr nützlich eingestufte Gruppe behandelt. Und genau das kann Politik gestalten. Deshalb sind wir auch im Alter noch **GRÜN**.
Altsein bringt viele Herausforderungen mit sich – wie übrigens in allen anderen Lebensphasen auch. Seien wir ein wenig stolz und zufrieden mit dem, was wir in unserem Leben geschafft haben. Und auch gnädig mit uns selbst bei all dem, was nicht so geklappt hat – nicht alle Bedingungen waren optimal. Genießen wir das Alter so gut wir können und machen wir uns nützlich. Die heutige Zeit braucht dringend mehr Gelassenheit, Zeit, Geduld und Zuwendung. Davon haben wir reichlich und geben gerne etwas ab. Gleichzeitig erwarten wir Respekt und Wertschätzung – so wie alle anderen auch.

Christa Markl-Vieto *Dirk Schmidtmann*
Sprecher*in Bundesverband GRÜNE ALTE

Stabil in bewegten Zeiten. Baden-Württemberg kann es

Das Wahlprogramm für die Landtagswahl in Baden-Württemberg steht. Als Landespartei geben wir damit genau die Antworten, die unser Land jetzt braucht. Wir wollen, dass Baden-Württemberg eine lebenswerte Heimat bleibt, die mit Tatkraft und Innovation Zukunft schafft. Polarisierung treten wir mit einem klaren Kompass und radikaler Sachlichkeit entgegen. Wir schaffen die Rahmenbedingungen, damit unsere Wirtschaft in den wichtigen Zukunftsfeldern vorne bleibt – mit Klimaschutz, der sich rechnet. Und wir erneuern das Aufstiegsversprechen: Wer sich anstrengt, soll auch vorankommen – unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern.

Klimaschutz, der sich rechnet. Naturschutz, der wirkt.

Natur- und Umweltschutz ist die Grundlage für unsere Lebensqualität und der Schlüssel für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Damit wir auch in Zukunft gut in Baden-Württemberg leben können, wollen wir unsere vielfältige Natur bewahren, unsere Kommunen fit für die Zukunft machen und die Energiewende so gestalten, dass alle davon profitieren.

Klimamilliarde für Stadt- und Landkreise: Mit der Klimamilliarde erreichen wir, dass das Land die Kommunen über zehn Jahre hinweg gezielt beim Klimaschutz unterstützt. Wir investieren eine Milliarde in Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen vor Ort, damit wir auch in Zukunft gute Lebensbedingungen in Baden-Württemberg haben.

Durch die **Entsiegelungsprämie**, Begrünungsmaßnahmen und die Förderung von Stadtbäumen schaffen wir eine gute Lebensqualität in Städten und Gemeinden und wappnen sie gegen Hitze, Trockenheit und Starkregen.

Mit einem **Bürgerenergiegesetz** und einer **Startfinanzierung für Energiegenossenschaften** beteiligen wir Bürger*innen direkt an der Energiewende, damit Klimaschutz, sich für sie ganz konkret rechnet. Außerdem ermöglichen wir Kommunen zusätzliche Einnahmen durch Windkraft und Solarparks.

Wohlstand erneuern, Standort stärken, Arbeitsplätze schützen.

Baden-Württemberg ist das Land der Ideen und Möglichkeiten. Wir wollen, dass das so bleibt. Dafür braucht es eine stabile Wirtschaft, die Arbeitsplätze sichert, Innovationen vorantreibt, Leistung belohnt und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt. In den letzten 15 Jahren sind unter grüner Führung bereits eine Millionen neue Jobs entstanden.

Damit unser Standort den Sprung in die Zukunft schafft, wollen wir weiter auf Zukunftstechnologien setzen und durch beste Rahmenbedingungen für Unternehmen und Gründer*innen neue Kräfte freisetzen.

Das Auto der Zukunft muss aus Baden-Württemberg kommen. Wir gehören bereits zur Spitze beim Ausbau der Ladeinfrastruktur. Daran knüpfen wir mit einer Ausbau-Offensive für Schnellladesäulen an. Die Preise an öffentlichen E-Säulen wollen wir harmonisieren. Außerdem ermöglichen wir in Pilotregionen den Test von autonom fahrenden Shuttles.

Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite

Mit der Unterstützung des europäischen **Battery Boosters,** stärken wir die Batteriezellenproduktion in Europa, sichern Wertschöpfung in Baden-Württemberg und machen uns unabhängiger von Drittstaaten. Mit dem **Scale-up Fonds BW** sorgen wir für eine bessere Finanzierung von Start-ups. Indem wir die Beratung, Förderung und Anmeldung mit One-Stop-Shops an einer Stelle bündeln, ermöglichen wir es zudem, in nur 24 Stunden zu gründen. Eine Förderung von Pilotprojekten zwischen Start-ups und Mittelstand soll Innovationen schneller in die Praxis bringen.
Wir wollen einen **Innovationsbooster** für unsere Unternehmen. Das heißt, wir ermöglichen Unternehmen, ihre Innovationen zu testen – ohne aufwändige und bürokratische Genehmigungen. Wir schaffen rechtssichere, aber zügige Verfahren, um in Zukunftsfeldern wie der Quantentechnologie weiterhin ganz vorne zu sein. Forschungserfolge bringen wir schneller auf den Markt, indem wir ein Eilverfahren zulassen. So werden die Erfolge der Wissenschaft schneller nutz- und greifbar.

GreenTech-Allianz BW: Mit der GreenTech-Allianz fördern wir innovative Wasserstofftechnologien und stärken nachhaltige Unternehmen. Mit der Dachmarke „GreenTech BW“ machen wir Baden-Württemberg international als wichtigen Standort für grüne Technologien sichtbar.

Das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern.

Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben und die Grundlage für eine offene, starke und leistungsfähige Gesellschaft. Wir wollen allen Kindern von Anfang an den bestmöglichen Start ins Leben geben.

So machen wir Baden-Württemberg wieder zum Bildungsland an der Spitze: leistungsstark, gerecht und zukunftsfähig.

Gute Bildung beginnt in der Kita – wir setzen uns für ein **gebührenfreies letztes Kitajahr** ein, das alle Kinder auf den Schulstart vorbereitet. Außerdem wollen wir Kitas personell besser ausstatten und Kitagebühren sozial gerecht staffeln.
Bildung darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern – wir führen an Startchancen-Schulen ein ausgewogenes, **kostenfreies Mittagessen** ein.
Um Kitas und Schulen personell gut aufzustellen, stärken wir **multiprofessionelle Teams**, bieten Fortbildungen an und erhöhen den Betreuungsschlüssel.
Wir wollen auch die **Arbeit von Grundschullehrkräften aufwerten** und sie künftig ebenfalls nach A13 bezahlen.
Damit handwerkliche Berufe attraktiver werden, bringen wir junge Menschen mehr mit Handwerk in Kontakt und setzen auf die **Meister- und Meistergründungsprämie.**

Neben einem guten Regierungsprogramm braucht Baden-Württemberg auch einen Ministerpräsidenten, der es entschlossen umsetzt, der Menschen zusammenbringt und der pragmatische Lösungen zu finden. Cem Özdemir ist dafür der perfekte Kandidat. In den kommenden Monaten bis zur Landtagswahl am 8. März kommt es darauf an, das weiterzutragen. Du möchtest die Wahlkampf-kampagne mitverfolgen und erfahren, wie du dabei unterstützen kannst? Dann melde dich hier für den Team 2Ö26-Newsletter an: **https://oezdemir.de/team 2026/**.

Christa Möller-Metzger im Interview mit Katharina Beck

Viele von uns Älteren haben es noch im Ohr, als der frühere Bundesarbeitsminister Norbert Blüm 1986 vehement versicherte: „Die Rente ist sicher!“ Jetzt kocht das Thema wieder hoch und unsere Vorstandskollegin Christa Möller-Metzger hat mal bei Katharina Beck, Expertin für grüne Finanzpolitik im Bundestag, nachgefragt:

„Wie sicher ist es denn, von der Rente im Alter gut leben zu können?“

Interview mit Katharina Beck, Sprecherin für Finanzpolitik der Grünen Bundestagsfraktion.

CMM: *Die Rente wird gerade mal wieder stark diskutiert. Vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung DIW gab es den Vorschlag des „Boomer-Solis“. „Boomer“ klingt für mich abwertend, wäre das überhaupt ein grüner Weg?*

KB: Mir gefällt der Begriff „Boomer-Soli” auch nicht. Er spaltet, und das halte ich für falsch. Bei unserer Rente geht es nicht um „alt gegen jung”, sondern um die Frage, wer wie viel zur Lösung der derzeitigen und vor allem künftigen Finanzierungsprobleme beiträgt. Wir müssen das Rentensystem insgesamt gerechter gestalten. Aktuell sind über 19 Prozent der älteren Menschen in Deutschland von Altersarmut bedroht – deutlich mehr als in anderen Altersgruppen, und die Tendenz ist steigend. Gleichzeitig haben junge Menschen kaum noch Vertrauen in die Rente. Es braucht also eine kluge und große Lösung, an der wir derzeit auch arbeiten.
Als finanzpolitische Sprecherin ist es mir in diesem Zusammenhang auch wichtig, dass wir endlich die großen Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen, also dort, wo dem Staat jedes Jahr zweistellige Milliardenbeträge entgehen, etwa durch riesige Erbschaften, die fast steuerfrei bleiben, oder durch organisierte Steuertricks wie CumEx oder CumCum. Auch wenn das Geld dann nicht direkt in die Rentenkassen fließt, wird das Prinzip geachtet, diejenigen stärker heranzuziehen, die es sich leisten können.

CMM: *-Wir Grünen haben lange gesagt, dass das System der umlagefinanzierten Rente gut klappt. Die Ampelregierung hatte nun die Idee des Generationenkapitals eingeführt, was bedeutet das genau?*

KB: Die Idee des Generationenkapitals bestand darin, einen großen, staatlich verwalteten Fonds aufzubauen, der durch jährliche Darlehen des Bundes finanziert werden sollte. Die daraus erzielten Erträge sollten ab Mitte der 2030er Jahre dazu dienen, den Anstieg der Rentenbeiträge abzumildern. Konkret wären die Beitragssätze mit dem Generationenkapital ab 2036 also um etwa 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte geringer gestiegen. Nach aktuellen Schätzungen werden die Beitragssätze allerdings von aktuell 18,6 % bis 2040 auf 21,4 % steigen, wenn wir dem nicht entgegenwirken. Das zeigt, dass selbst ein Kapitalstock wie das Generationenkapital nicht alle Probleme hätte lösen können.

Das beste Mittel für eine verlässliche Rente und einen möglichst geringen Rentenbeitragssatz sind gute Löhne und eine breite Basis von Einzahlenden. Dafür wollen wir als Grüne beispielsweise die Erwerbsmöglichkeiten für Frauen fördern. Auch qualifizierte Zuwanderung und eine bessere Integration in den Arbeitsmarkt steigern die Beitragszahlungen in die Rentenversicherung. Schrittweise wollen wir die Basis der Beitragszahler:innen in der gesetzlichen Rentenversicherung weiter erhöhen, indem wir Selbstständige, Abgeordnete und perspektivisch Beamt:innen einbeziehen. Das stärkt die Solidarität und das Vertrauen in das System und schafft mehr Stabilität. Zudem ist aber auch in der privaten Altersvorsorge noch einiges verbesserungswürdig.

CMM: *-Schweden, Belgien und Dänemark sollen die besten Rentensysteme der Welt haben, Deutschland liegt laut Allianz Pension Report auf Platz 26. Können wir uns da nicht etwas abschauen?*

KB: Menschen sollen definitiv selbst entscheiden können, wann und wie sie den Übergang in den Ruhestand gestalten. Als Ampelkoalition haben wir daher beispielsweise die Hinzuverdienstgrenzen bei der Altersrente zum 1. Januar 2023 abgeschafft.
Auch bei der privaten Altersvorsorge schauen wir seit Langem nach Schweden. Das aktuelle Riester-System ist zu teuer, zu bürokratisch und zu intransparent. Unser Ziel ist es deshalb, wie in Schweden, einen öffentlich verwalteten Bürgerfonds zu etablieren. Alle, die sich nicht aktiv für eine andere Altersvorsorge entscheiden, würden damit automatisch in diesen kostengünstigen und renditestarken Fonds einzahlen. Das wäre ein echter Fortschritt, den auch die Wirtschaftsweisen als effizienteste Lösung ansehen.

Menschen mit kleinen Einkommen wollen wir dabei besonders fördern. Denn fast die Hälfte der Deutschen hat nicht einmal einen Notgroschen von 2.000 Euro auf dem Konto. Da fällt die private Altersvorsorge besonders schwer.
Noch in Ampelzeiten habe ich mich persönlich erfolgreich dafür eingesetzt, dass 17 Millionen mehr Menschen als vorher von der sogenannten Arbeitnehmersparzulage profitieren können. Das ist ein kleiner, aber wichtiger Schritt, um Menschen bis in die Mitte hinein beim Aufbau von Rücklagen zu unterstützen.

CMM: *-Wir leben ja länger, viele reden von 20 geschenkten Jahren. Viele Ältere arbeiten jetzt schon länger, einige weil sie das Geld brauchen, viele aber auch, weil sie gern arbeiten. Was hältst du von der Bindung des Renteneintritts an die Lebenserwartung, wie es in Dänemark gemacht wird?*

KB: Wir müssen die Voraussetzungen schaffen, dass Menschen gesund und gerne so lange wie sie möchten arbeiten können.
Finanzielle Anreize könnten beispielsweise darin bestehen, dass weiterbeschäftigte Rentner:innen die Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung als Lohn ausgezahlt bekommen. Das hatten wir in der Ampel in unserer Wachstumsinitiative sogar bereits vereinbart. Verträge dürfen außerdem nicht automatisch am Rentenstichtag enden müssen, denn das passt nicht mehr in unsere Zeit und schafft unnötige bürokratische Hürden.
Eine generelle Kopplung des Rentenalters an die Lebenserwartung, wie in Dänemark, steht für uns Grüne aktuell nicht zur Debatte. Viele schaffen es gesundheitlich kaum bis 67, wie die hohe Zahl von 1,8 Millionen Bezieherinnen und Beziehern einer Erwerbsminderungsrente zeigt. Das dürfen wir nicht ignorieren, indem wir das Rentenalter pauschal erhöhen.

CMM: *- Es wird oft vom Dachdecker oder der Pflegerin geredet, die froh sind, wenn sie so früh wie möglich aufhören können, zu arbeiten. Müssten wir nicht die Arbeitsbedingungen verbessern, wenn wir wollen, dass Menschen länger arbeiten?*

KB: .Wer sein Leben lang auf dem Bau arbeitet, in der Pflege tätig ist oder einen anderen körperlich anspruchsvollen Beruf ausübt, verdient Respekt – und faire Bedingungen. Dazu gehören Prävention, Reha, flexible Übergänge und Teilrentenmodelle.
Wichtig sind auch Mitbestimmung im Betrieb und eine starke Stimme der Beschäftigten: Wenn Arbeitsbedingungen mitgestaltet werden können, steigt die Zufriedenheit – und das Unternehmen profitiert davon. Gleichzeitig müssen wir Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, solidarisch absichern. Die Erwerbsminderungsrente wollen wir deshalb weiter verbessern. Und die Rente mit 63 bleibt für langjährig Versicherte, die körperlich schwere Arbeit geleistet haben, wichtig und gerecht.

CMM: *- Altersarmut wächst, besonders Frauen, liegen mit ihrer Rente oft nur knapp über der Grundsicherung. Und wie können wir endlich den Gender Pay Gap*) und damit verbunden den Gender Pension Gap**) schließen?*

KB: Ja, wer sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, muss auch im Alter gut leben können. Das gilt insbesondere für Frauen, die oft neben ihrer Erwerbstätigkeit noch einen großen Teil der unbezahlten Kindererziehungs- und Pflegearbeit übernehmen. Deshalb wollen wir eine Garantierente einführen, die niedrige Renten nach 30 Beitragsjahren automatisch auf ein würdiges Mindestniveau anhebt – und das ohne Bedürftigkeitsprüfung. Dabei wollen wir auch Zeiten der Kindererziehung und Pflege berücksichtigen.
Gleiche Bezahlung, bessere Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten und ein einfacheres Rückkehrrecht in Vollzeit können ebenfalls dazu beitragen, den Gender Pay und Pension Gap endlich zu schließen. Denn besonders Frauen haben oft zu niedrige Renten, weil sie aufgrund ihrer unbezahlten Carearbeit häufiger in Teilzeit arbeiten. Deswegen bin ich übrigens auch gegen den Vorschlag der schwarz-roten Koalition Überstundenzuschläge steuerfrei zu stellen. Davon profitieren nämlich nur Vollzeit-Beschäftigte – also überwiegend Männer. Und es wird damit finanziell noch attraktiver, die Arbeitszeit des Mannes und nicht die der Frau auszuweiten. Frauen könnten sich dadurch noch tiefer in den finanziellen Risiken der Teilzeitfalle verstricken.

CMM: *- Und was sagst du zur Mütterrente?*

KB: Die Idee, Erziehungsleistungen stärker anzuerkennen, ist richtig, doch die jetzt beschlossene Mütterrente III für jährlich 5 Mrd Euro ist leider alles andere als zielgerichtet.

Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite

Sie löst enorme Bürokratiekosten aus – über 15 Millionen Euro allein für Programmierung und Verwaltung – und bringt vielen Frauen lediglich rund 20 Euro mehr im Monat. Damit wird den wirklich Bedürftigen kaum geholfen, während es für Wohlhabende gar nicht nötig ist. Die Milliarden für die Mütterrente würde ich lieber in den Kitausbau, bessere Bezahlung von Erzieherinnen und Erziehern oder in die frühkindliche Bildung stecken.
Wir brauchen also zielgenauere Lösungen, die vor allem die Renten von Frauen mit kleinen Einkommen stärken, beispielsweise durch die Garantierente oder eine bessere Anrechnung von Pflegezeiten.

CMM: *-Hava Misimi, Finanzbloggerin und Finanzberaterin sagt, dass sich 2/3 der Jungen mit dem Thema Altersvorsorge überfordert fühlen. 87% vermissten ein entsprechendes Schulfach und 45% wünschen sich einen verlässlichen Social Media Account, der unabhängig informiert. Sollte die Politik das nicht ernst nehmen? -*

KB: Auf jeden Fall. Finanzbildung ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Zu Ampelzeiten hat das Finanzministerium eine nationale Finanzbildungsstrategie vorbereitet, die jetzt dringend wieder aufgenommen werden sollte. Allerdings muss diese unter anderen Vorzeichen als damals im FDP-geführten Finanz- und Bildungsministerium erfolgen: Entscheidend für gute Finanzbildung ist die Unabhängigkeit von Finanzlobbys. Junge Menschen brauchen objektives Wissen, das nicht von Banken oder Versicherungen gesteuert wird.
Finanzbildung sollte außerdem schon in der Schule vermittelt werden, mit Fokus auf die Vermittlung von Grundlagen und wirtschaftlichen Zusammenhängen statt auf einzelne Produkte.
Und klar ist: Finanzbildung kann Regulierung nicht ersetzen. Wir brauchen weiterhin wirksame Verbraucherschutzregeln, faire Produkte und Transparenz auf den Finanzmärkten.

**)Der Gender Pay Gap bezeichnet die Verdienstlücke zwischen Männern und Frauen. Unterschieden wird zwischen der unbereinigten Pay Gap (=Differenz zwischen Männer- und Frauenverdienst) und bereinigtem Pay Gap (=Berufswahl, Qualifikation, Arbeitszeit werden herausgerechnet).*

***) Die Rentenlücke zwischen Männern und Frauen (=Gender Pension Gap) ergibt sich aus der Verdienstlücke und ist in der Regel noch höher als der Lohnunterschied.*

Hier noch ein weiterführender Link zu dem ISÖ-Podcast von Wolfgang Strengmann-Kuhn. In gleich zwei Folgen wird aktuell das Thema "Sozial nachhaltige Rente" besprochen.
https://strengmann-kuhn.de/podcast-isoe-podcast-sozial-nachhaltige-rente/

‚Autor: Harald Damskis, Vorstand und Gründungsmitglied der LAG silberGRÜNE Bayern

Engagement ohne Etikett

Parteiarbeit jenseits der eigenen Meinungsblase

Politikerinnen und Politiker, Parteien oder gesellschaftliche Bewegungen, die sich ausschließlich in ihrer eigenen Meinungsblase bewegen, laufen Gefahr, den Blick für die tatsächlichen Bedürfnisse und Anliegen weiter Teile der Bevölkerung zu verlieren. Entscheidungen entstehen dann nicht selten fern der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger und verfehlen deren konkrete Probleme. Die Folgen solcher Fehleinschätzungen sind bekannte Rechtfertigungen: *„Wir haben unsere Inhalte nicht gut genug kommuniziert*“, *„Das wurde einfach nicht verstanden“* oder *„Die Zeit ist noch nicht reif dafür“*.

Umso wichtiger ist es, politische Ziele auch außerhalb klassischer Parteiformate erlebbar zu machen – offen, parteiunabhängig organisiert und anschlussfähig für viele. Im Folgenden drei Beispiele aus Bayern für solche Aktionen: keine Parteiveranstaltungen, aber mit klar erkennbarer grüner Handschrift. Sie verfolgen das Ziel, bestehende Berührungsängste abzubauen und Menschen für grüne Inhalte zu gewinnen, die sich sonst vielleicht nicht angesprochen fühlen.

Seniorenpolitische Bildungsfahrten nach Berlin

Vorstand der LAG silberGRÜNE Bayern vor dem Brandenburger Tor im Januar 2025 (Gunda Krauss, Harald Damskis, Gunda Wolf-Tinapp)

In München hat sich in den vergangenen Jahren fast schon eine kleine Tradition entwickelt: einmal jährlich eine seniorenpolitische Bildungsfahrt nach Berlin. Im vergangenen Jahr lud Jamila Schäfer ein, die im stark umkämpften Wahlkreis München-Süd das erste grüne Direktmandat in Bayern errungen hat.

Eine bunt gemischte Gruppe von Seniorinnen und Senioren – reich an Lebenserfahrung, teils mit körperlichen Einschränkungen – machte sich mit der Bahn auf den Weg, um das Herz unserer parlamentarischen Demokratie unmittelbar zu erleben. Auf dem Programm standen der Besuch einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages sowie Gespräche mit Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verschiedener Ministerien.

Besonders eindrucksvoll war der Austausch im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von Ministerin Lisa Paus. Neben der langfristigen Sicherung der Altersversorgung wurden auch kontrovers diskutierte Themen angesprochen, etwa die Belastung der Rentenkassen durch versicherungsfremde Leistungen. Weitere Schwerpunkte waren die Stärkung des freiwilligen Engagements sowie die Finanzierung von Demokratieförderprojekten – allesamt große Herausforderungen in Zeiten strenger Sparvorgaben zur Einhaltung der damaligen Schuldenbremse.

Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite

Natürlich kam auch das kulturelle Erleben nicht zu kurz: eine Stadtrundfahrt, der Besuch der Reichstagskuppel, das Humboldt Forum – bekanntlich weit mehr als ein Museum – und vieles andere mehr standen auf dem Programm. Und da es in Berlin seit 1949 keine allgemeine Sperrstunde gibt, waren auch die abendlichen Unternehmungen nur durch eine Bedingung begrenzt: Am nächsten Morgen sollte man pünktlich beim Frühstück erscheinen.

Auch in diesem Jahr werden wieder rund 30 Seniorinnen und Senioren an einer solchen Bildungsfahrt teilnehmen. Für den Sozialverband VdK Deutschland e. V. sind 15 Plätze reserviert, die übrigen stehen Besucherinnen und Besuchern, Aktiven und Ehrenamtlichen der Münchner Alten- und Servicezentren (ASZ) offen.

Grünen-Mitglied und Captain vom Team „AlleÜ60" Harald Damskis (links) und Vorständin des Seniorenbeirats der Landeshauptstadt München Elisabeth Robes Salgado (rechts) bei Pokalübergabe an die Kilometer-Königin Petra E. beim STADTRADELN 2025, die den Preis mit 1.165 km innerhalb vom drei Wochen gewonnen hat.

Gemeinsam radeln fürs Klima – im Team „Alle Ü60 "

STADTRADELN ist ein bundesweiter Wettbewerb zwischen Kommunen, bei dem es darum geht, 21 Tage lang möglichst viele Alltagswege klimafreundlich mit dem Fahrrad zurückzulegen. Geradelt wird grundsätzlich in Teams. Unternehmen, Institutionen, Vereine, Parteien und auch Familien nutzen diese Aktion, um – ganz im Sinne des Mottos *„Radeln fürs Klima"* – ein sichtbares Zeichen für nachhaltige Mobilität zu setzen.

Um die Sichtbarkeit älterer Menschen zu stärken und das verbreitete, problematische Altersbild *„alt gleich schwach und hilfsbedürftig"* zu korrigieren, entstand in München die Idee eines offenen STADTRADELN-Teams speziell für Seniorinnen und Senioren. Anfangs folgten lediglich 30 Teilnehmende dem Aufruf, inzwischen hat sich die Zahl mehr als verdoppelt.

Über die Jahre hat sich ein fester Kern gebildet, ergänzt durch Mitradelnde, die je nach zeitlicher Möglichkeit dazustoßen. Im Mittelpunkt stehen Freude an der Bewegung, Gemeinschaft und das gute Gefühl, Nützliches mit Angenehmem zu verbinden. Gerade im Alter ist regelmäßige Bewegung von großer Bedeutung – für die eigene Gesundheit ebenso wie für unsere politischen Ziele.

2023 wurde das Team „AlleÜ60" sogar ausgezeichnet. Der Preis wurde von der damaligen grünen Münchner Bürgermeisterin Karin Habenschaden überreicht. Die eine Hälfte des Preisgeldes floss in eine gemeinsame Siegesfeier im Biergarten, die andere wurde an den Münchner ADFC gespendet

.Großer kultureller Sicherheitsabend im Alten Rathaus München

Befragungen ebenso wie die praktische Erfahrung aus Kommunen, Seniorenvertretungen und Beratungsstellen zeigen deutlich: Sicherheit ist für ältere Menschen kein Randthema, sondern ein zentrales Anliegen. Die Angst vor Kriminalität nimmt im Alter zu – insbesondere vor Betrugsdelikten wie dem Enkeltrick oder falschen Polizisten, aber auch vor Diebstahl und Überfällen

Dabei ist das subjektive Sicherheitsgefühl oft ausschlaggebender als die tatsächliche Kriminalitätslage.München ist seit vielen Jahren die sicherste Großstadt Deutschlands. Dennoch sind Angebote wie Sicherheitsberatungen oder Präventionsvorträge stark nachgefragt. Der Fachausschuss Sicherheit des Seniorenbeirats München griff diesen Wunsch auf und lud am 5. Dezember 2025 zum großen kulturellen Sicherheitsabend ins Alte Rathaus ein. Rund 300 Seniorinnen und Senioren folgten der Einladung.

Dominik Krause, Münchens zweiter Bürgermeister und grüner Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters bei den Kommunalwahlen im März 2026 spricht das Grußwort aus dem Rathaus am 5. Dezember 2025 anlässlich des Kulturellen Sicherheitsabends im Festsaal des Alten Rathauses.

Das Grußwort aus dem Rathaus sprach Dominik Krause (Bündnis90/Die Grünen), aktuell Zweiter Bürgermeister der Landeshauptstadt München und Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters bei den Kommunalwahlen im März 2026. Er betonte, dass Sicherheit nur dann gewährleistet werden könne, wenn *„konsequente Polizeiarbeit, Prävention und soziale Arbeit in unserer Stadt Hand in Hand gehen“*. Anschließend informierte der Polizeipräsident über die aktuelle Sicherheitslage in München.

Der Hauptvortrag widmete sich der Frage, wie sich insbesondere ältere Menschen wirksam vor Internetbetrug schützen können. Kulturelle Beiträge sorgten für eine besondere Atmosphäre: Der Frauenchor der Münchner Polizei begeisterte mit *„Skyfall“* von Adele, während der stadtbekannte Liedermacher Roland Hefter mit seinem Zivilcourage-Song *„A bisserl mehra schaun, a bisserl mehra traun“* großen Beifall erhielt.

Engagement, das verbindet

Diese drei Beispiele zeigen, dass grünes Engagement weit über klassische Parteiarbeit hinausreichen kann. Offene, parteiunabhängig organisierte Aktionen ermöglichen es, Menschen zu erreichen, die politischen Parteien eher skeptisch gegenüberstehen. So leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Demokratie, zum Schutz unserer Lebensgrundlagen und zu mehr Sicherheit in unseren Städten – gemeinsam mit vielen, die sich einbringen wollen, unabhängig von ihrer politischen Verortung.

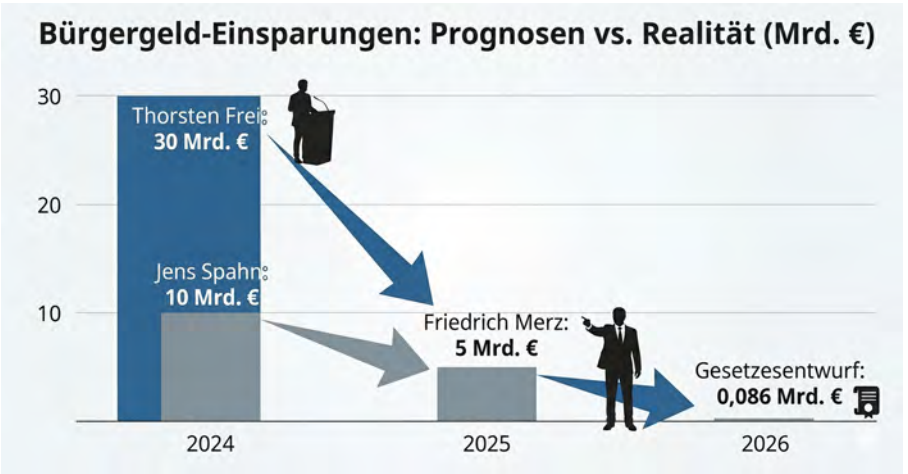
Dr. Reinhard Bauer, Vorstandsvorsitzender des Seniorenbeirats der Landeshauptstadt München begrüßt rund 300 Gäste zum Kulturellen Sicherheitsabend im Festsaal des Alten Rathauses. Unter den Gästen der amtierende Polizeipräsident von München.

Autor: Detlef Meyer zu Heringdorf

Wie man mit betrügerischen Wahlversprechen die Wähler beeindruckt und schon nach sechs Monaten die Mehrheit verliert

Drei Jahre hat die Ampelkoalition (SPD, Bündnis90/Die Grünen/FDP) ihre Koalitionsziele mit vielen Querelen, aber auch mit Reformen umgesetzt, aber diese nicht ausreichend Öffentlichkeitswirksam verbreitet. Mindestens 70% der Koalitionsvereinbarungen sind in dieser Regierungszeit umgesetzt worden. Zerbrochen ist diese Koalition an ihren unterschiedlichen ideologischen Vorstellungen.

Im Wahlkampf hat die CDU damit geworben schon nach wenigen Monaten nicht nur die Konjunktur wieder zu beleben, sondern wesentliche Reformen im „Herbst der Sozialreformen" umzusetzen. Die Wähler haben sich nicht nur täuschen lassen. Sie sind falschen (wie z.B. 15 Milliarden Ersparnis bei der Bürgergeldreform, jetzt werden es höchstens 6stellige Millionenbeträge) Versprechen auf den Leim gegangen.



CDU-Politikeraussagen in Medien wie TV, Rundfunk etc. vor der Wahl...

Der Herbst der Reformen 2025 findet eben so wenig statt wie ein konjunktureller Auf schwung.

Die Rentenreform (Renteneintrittsalter, Rentenniveau, Beitragsentwicklung und die Ausweitung des Einzahler-Kreises) wird erst durch eine Rentenkommission – im Dezember 2025 eingesetzt – diskutiert und ein Ergebnis Mitte 2026 erwartet. Der Einspruch junger CDU-Abgeordneter wird diesen Prozess mit Sicherheit weiter verzögern.

Eine höhere Verschuldung des Bundestagshaushaltes, vom heutigen Bundeskanzler Merz in seiner Oppositionsrolle immer wieder abgelehnt, wird durch ein Sondervermögen nicht nur haushälterisch umgangen, sondern auch verbotenerweise zum *stopfen' von Haushaltslöchern zweckentfremdet.

Die Bürgergeldreform inklusive weiterer sozialer Leistungsveränderungen soll eine Sozialstaats-Kommission umsetzen die für eine Vereinfachung, Sanktionierung und Modernisierung sorgen soll. Bürgergeld ersetzt man durch die Grundsicherung.
Die Gesundheits- und Pflegereform (Zukunftspakt Pflege) sowie die Krankenversicherung sollen in ständigen Arbeitsgruppen diskutiert und erste Ergebnisse 2026 veröffentlicht werden.
Alle Reformpakete betreffen komplexe Sachverhalte die innerhalb der Koalition und nachfolgend im Bundestag eine legislative Zustimmung erhalten müssen. Während erste Reformansätze (Rente, Bürgergeld) erkennbar und in den Bundestag eingebracht worden sind verstärkt sich doch der Eindruck, das der Herbst der Reformen 2025 auf 2026 verschoben wird (ungefähr 15 Arbeitsgruppen/Sonderkommissionen sind gebildet und Ergebnisse für 2026 versprochen, ohne das diese im Koalitionspapier vereinbart worden wären) und in den Diskussionen zu den Reformen häufig an den Rand des Zumutbaren für die Koalitionsparteien führen.
Hat schon die Ampel unter Kommunikationsdefiziten gelitten so zeigt sich die jetzige Koalition noch streitbarer und untereinander wenig kooperativ. Zwar bemühen sich sowohl der Bundeskanzler Merz als auch der Finanzminister Klingbeil nach außen eine einheitliche Meinung zu vertreten ,aber intern scheint vor allem der CDU Fraktionsführer Spahn keine Autorität mehr zu besitzen (siehe vor allem die Wahl der Verfassungsrichterin). In der Rentenreform spaltet eine junge CDU-Gruppe den Koalitionsbeschluss. Merz Auftreten am Deutschlandtag der Jungen Union hat eine kaum zu überbietende Überheblichkeit gegenüber der CDU Jugend aufgezeigt.
So steht die Koalition schon nach 6 Monaten mit zwei Regierungsparteien immer wieder am Rand des Zusammenbruchs. Während die Ampel erst nach drei Jahren mit drei Parteien gescheitert ist ergibt sich zur Zweierkoalition ein wesentlicher Unterschied: Sollte die jetzige Koalition ‚platzen' undmögliche Wahlprognosen zutreffen, droht eine Regierungsbeteiligung der AFD mit der CDU, die uns zukünftig in eine autokratische Zukunft steuern könnten.

Werde Mitglied bei den GRÜNEN ALTEN
Nutze den nebenstehenden
QR-Code um deinen Beitritt zu den GRÜNEN ALTEN zu erklären oder geh dazu auf die Website: **www.gruenealte.de**

Digitale gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen

Autorin: Ria Hinken

Die Geschichte beginnt an einem Montagmorgen. Der Bahnhof ist voll, die Anzeigetafel blinkt. Lotte, 76, stellt sich nicht an den Automaten. Sie hat gelernt, dass dort oft „Bitte App öffnen“ steht. Ihr Smartphone kann sie schlecht bedienen, und heute ist der Akku leer. Sie will ihre BahnCard verlängern und nach Bremen fahren. Am Schalter hebt jemand den Blick, lächelt, fragt nach dem Ausweis. Wenige Minuten später hält Lotte eine frisch verlängerte BahnCard und ein Papier-Ticket in der Hand. „Es ist beruhigend, dass es das noch gibt.

Der Papierkontoauszug ist nach wie vor gefragt.

Ein paar Straßen weiter sitzt Mara, 28, am Küchentisch. Die Banking-App fordert ein Update, dann noch eins, dann auch noch eine Zweifaktor Autorisierung. Plötzlich passt das Passwort nicht mehr. Die Miete muss heute raus. Im Kopf spielt Mara das Worst-Case-Szenario: Rücklastschrift, Mahngebühr, Stress. Sie nimmt ihren Ausweis und geht zur Filiale. Ein Mitarbeiter zeigt ihr die Überweisungsträger. „Langsam, wir machen das zusammen.“ Zehn Minuten später ist das Geld unterwegs. „Gut, dass ich nicht komplett von der App abhängig bin“, denkt Mara.

Nachmittags kämpft Samuel, 45, mit der Ticketplattform eines Theaters. Konto anlegen, AGB abhaken, Kreditkarte hinterlegen, Ident-Prüfung – für zwei Karten am Samstag. Samuel arbeitet Schicht, ihm fehlt die Zeit. Er ruft an. Die Stimme an der Kasse ist freundlich: „Wir reservieren und legen die Karten zurück. Abholung mit EC oder bar.“ Er atmet erleichtert auf. Tickets kaufen sollte keine Hürde sein.

Abends zieht ein Gewitter auf. Erst flackert das Licht, dann wird es still. Der Strom fällt aus, das Mobilfunknetz ist überlastet. Genau jetzt zeigt sich, warum eine Gesellschaft doppelte Wege braucht. Am Bahnhof drucken Notstromgeräte noch Tickets. In der Bankfiliale arbeitet ein kleines Team mit Papierformularen und einem Generator. Im Theater öffnet die Abendkasse, eine Liste auf Klemmbrett, Barzahlung möglich. Die Stadt wird langsamer, aber sie bleibt handlungsfähig. Resilienz ist kein Schlagwort – sie ist das leise Weitermachen, wenn Systeme wackeln.

Am nächsten Tag trifft Samuel seine Nachbarin Amina im Hausflur. Sie ist erst seit kurzem in der Stadt, spricht gutes Deutsch, hat aber weder deutsche eID noch Kreditkarte. „Ich wollte einen Handyvertrag abschließen“, sagt sie, „die Website wollte ein Post-Ident-Verfahren starten. Und außerdem sollte ich ein Onlinebankkonto oder eine Kreditkarten-Nummer eingeben, “ Samuel erzählt ihr von der Möglichkeit, das in einem der Shops in der Stadt zu machen. Amina lächelt: „Gut zu wissen.“

Für Menschen, die neu sind, für Ältere, für alle ohne teures Smartphone oder stabilem Internet, sind analoge Wege nicht Nostalgie, sondern Eintrittskarten ins öffentliche Leben.

Warum braucht eine moderne Gesellschaft beides – digital und analog?

- Inklusion: Nicht jeder kann, will oder darf digital. Seh- oder Motorikeinschränkungen, Sprachbarrieren, geringe Digitalkompetenz, prekäre Lebenslagen – analoge Optionen halten die Tür offen für gesellschaftliche Teilhabe.
- Resilienz: Stromausfall, Netzstörung, Cyberangriff, leere Akkus – analoge Prozesse sind das Sicherheitsnetz, das trägt.
- Wahlfreiheit und Selbstbestimmung: Bürger:innen dürfen entscheiden, wie sie zahlen buchen, sich ausweisen wollen – ohne Zwang zur Datenspur.
- Rechts- und Verbraucherschutz: Am Schalter lassen sich Identitäten sauber prüfen, Missverständnisse klären, Belege sofort aushändigen. Fehler werden bemerkt, bevor sie teuer werden.
- Soziale Qualität: Ein Gespräch am Schalter ist mehr als Transaktion. Es ist Erklärung, Korrektur, manchmal Trost. Das stärkt Vertrauen in Institutionen.
- Kultur und Teilhabe: Tickets an der Abendkasse, BahnCards am Schalter, Bankgeschäfte per Formular oder Telefon – so bleibt Mitmachen möglich, spontan und barrierearm.

Konkret heißt das:

- Bahn: BahnCard und Tickets am Schalter, per Post und telefonisch; Automaten, die ohne App funktionieren; Bar- und EC-Zahlung.
- Bank: Filialen mit Grundservice; Überweisungsträger; Telefonbanking; TAN-Generator statt Handyzwang.
- Kultur: Theater- und Konzertkassen mit Reservierung per Telefon; Abendkasse mit Barzahlung; Gutscheine, die man ausgedruckt oder per Post erhält.

Die Pointe ist einfach: Digitaler Komfort ist großartig – solange er nicht zur Eintrittsbedingung wird. Wenn eine Gesellschaft Mobilität, Geld und Kultur nur noch durch Apps zugänglich macht, verliert sie Menschen unterwegs: jene ohne teures Gerät und ohne stabiles Netz. Und sie macht sich selbst verwundbar, weil sie auf eine einzige Option setzt.

Lotte fährt am Ende des Tages nach Bremen. Mara zahlt ihre Miete. Samuel sitzt im Theater, Amina beantragt am Schalter ihre BahnCard. All das ist möglich, weil es neben der schnellen App auch das analoge Angebot gibt. Moderne heißt nicht „nur digital“. Moderne heißt: robust, fair und offen – damit alle mitkommen.

GRÜN älter werden heißt, Chancen nutzen

Autor: Wolfgang Strengmann-Kuhn

Kommunalwahl in Hessen – Perspektiven der LAG 60 +

Am 15. März ist Kommunalwahl in Hessen. Kommunalpolitik vor Ort entscheidet darüber, wie wir wohnen, uns bewegen, versorgt werden und einander begegnen. Mittlerweile sind über ein Drittel der Bevölkerung 60 Jahre und älter. Gerade für ältere Menschen zeigt sich vor Ort, ob Teilhabe gelingt oder ob Hürden den Alltag bestimmen. Als LAG (Landesarbeitsgemeinschaft) 60plus Hessen bringen wir unsere Erfahrungen, unser Wissen und unsere politischen Forderungen aktiv in die Partei Bündnis 90/ Die Grünen Hessen und in dieKommunalwahl ein, für solidarische, ökologische und lebenswerte Kommunen, generationenübergreifend.

Die Grünen Alten sind in Hessen mit einem Sitz im Landesvorstand vertreten, der nicht zuletzt auf unsere Initiative und unsere Mitwirkung zur Kommunalwahl einen Flyer für die Generation 60plus erstellt hat. Darüber hinaus haben wir als LAG Textbausteine für die örtlichen Kommunalwahlprogramme erstellt, die die Kreis- und Ortsverbände nutzen konnten. In vielen Listen auf Kreis- und auf Ortsebene kandidieren Mitglieder von uns, damit wir unsere Sichtweise und Positionen auch in den Kommunalparlamenten vertreten.

GRÜN älter werden heißt für uns: selbstbestimmt leben, eingebunden bleiben und ernst genommen werden. Ältere Menschen sind keine homogene Gruppe. Sie sind vielfältig, engagiert, kritisch und kompetent. Diese Vielfalt spiegelt sich bislang zu selten in politischen Entscheidungen wider. Wir wollen das in Hessen ändern – und setzen uns dafür ein, dass Kommunen Altersvielfalt als Stärke begreifen. Unsere Hauptanliegen haben wir in einem Flyer formuliert.

Wohnen: Zuhause bleiben können

Ein gutes Leben im Alter beginnt beim Wohnen. Bezahlbarer, barrierefreier Wohnraum ist vielerorts knapp. Wir GRÜNE wollen, dass Menschen auch im Alter dort leben können, wo sie verwurzelt sind. Gemeinschaftliche Wohnformen, Mehrgenerationenhäuser und Nachbarschaftsprojekte fördern gegenseitige Unterstützung und beugen Einsamkeit vor. Kommunen können durch Wohnraumberatung, Umbauhilfen und aktive Bodenpolitik viel bewirken.

Pflege darf kein Randthema sein. Gute Pflege braucht Zeit, Nähe und gute Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns für wohnortnahe Pflegeangebote, die Stärkung ambulanter Dienste und faire Löhne in der Pflege ein. Pflegende Angehörige leisten Enormes – sie brauchen Entlastung, Beratung und Unterstützung. Pflege ist ein Menschenrecht und gehört ins Zentrum kommunaler Verantwortung.

Mobilität und Teilhabe gehören zusammen

Wer sich nicht sicher bewegen kann, ist ausgeschlossen. Barrierefreier öffentlicher Nahverkehr, sichere Wege für Fuß- und Radverkehr sowie verlässliche Mobilitätsangebote im ländlichen Raum sind entscheidend für Selbstständigkeit und Lebensqualität. Kommunale Verkehrspolitik ist damit auch Sozialpolitik – und ein Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe.

Digital – aber für alle

Digitale Angebote erleichtern den Alltag, dürfen aber niemanden ausschließen. Wir setzen uns für niedrigschwellige Zugänge, Schulungsangebote und persönliche Unterstützung ein. Digitalisierung muss den Menschen dienen – nicht umgekehrt. Gerade Kommunen können Orte schaffen, an denen digitale Kompetenzen vermittelt und Hemmschwellen abgebaut werden.

Mitgestalten statt nur mitdenken

Ältere Menschen gestalten ihre Lebensräume aktiv mit – im Ehrenamt, in Initiativen, in Kultur und Nachbarschaft. Diese Beteiligung verdient Anerkennung und Unterstützung. Grüne Kommunalpolitik schafft Begegnungsorte, stärkt Mitbestimmung und fördert demokratische Teilhabe für alle, auch für ältere Menschen. Die Kommunalwahl in Hessen ist eine Chance, diese Perspektiven weiter zu verankern.

Unsere Erfahrung zählt. Unsere Stimmen zählen.

Deswegen am 15. März in Hessen Grün wählen. Gemeinsam geht's.

Mitmachen – auch über die Kommunalwahl hinaus

Wir möchten alle Grünen Mitglieder in Hessen, die 60 Jahre und älter sind, einladen, gemeinsam mit uns die Anliegen und Perspektiven älterer Menschen innerhalb unserer Partei stärker sichtbar zu machen. Die LAG 60+ beschäftigt sich mit den zentralen Themen des Älterwerdens – Wohnen, Pflege, Mobilität, Digitalisierung sowie soziale und kulturelle Teilhabe.

Es gibt auch einige regionale Gruppen: In Darmstadt, in Marburg, im Main-Kinzig-Kreis und seit kurzem auch in Limburg. Außerdem gibt es einen ein monatlichen Stammtisch, der üblicherweise in Frankfurt, zum Teil aber auch in Nachbarorten, zum Beispiel im Februar in Offenbach stattfindet.

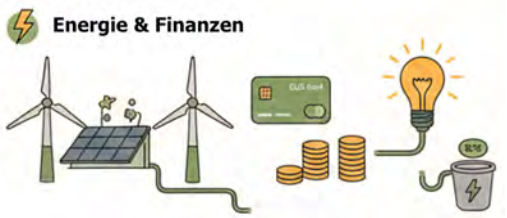
Wir haben einen Email-Verteiler und eine Signalgruppe. Wie Ihr Euch da eintragen könnt sowie weitere Informationen zur LAG 60plus in Hessen gibt es hier:

https://hessen.gruenealte.de/ - Auf der Seite findet Ihr auch die Termine des Stammtischs und der regulären Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaft.

Ich kann doch nichts an den Verhältnissen ändern!

Autor: Frank Spade

Doch, Du kannst eine Menge ändern | so wie ich:



1. Auf Ökostrom umstellen. | Naturstrom seit 7/2015

2. Auf Ökobank umsteigen. | GLS-Bank seit 2016

3. Kurzstrecken zu Fuß, mit dem Rad oder ÖPNV. | Ohne Motorfahrzeug seit 11/2001

4. Nur fliegen, wenn es wirklich notwendig ist. | Kein Flug seit 2003

5. Fernreisen vermeiden. | Seit 2003

6. Vermeide Rolltreppen und Fahrstühle, auch um fit zu bleiben.

7. Kaufe weniger synthetische Kleidung.

8. Kaufe nach Möglichkeit lokal, statt im Internet. Nutze das Internet zur Recherche und kaufe dann lokal.

9. Kleidung secondhand kaufen, reparieren, tauschen, evtl. leihen.

10. Nur kaufen, was du wirklich brauchst.

11. Kaufe keine Schnittblumen. | Seit ca. 2003

12. Reduce, reuse, recycle. | Seit 2013 Cradle2Cradle-Mitglied

13. Lebensmittel regional und saisonal kaufen. | Seit 2020

14. ... und in Bioqualität. | Seit 1990

15. Mindesthaltbarkeitsdatum weniger beachten.

16. Prüfe Lebensmittel, ob sie nach Ablauf des Verbrauchsdatum noch zum Verzehr geeignet erscheinen.

17. Vermeide Fastfood. | Seit 1990

18. Vermeide ToGo-Kaffee und Einmalgeschirr. | Seit ca. 2013

19. Weniger Fleisch essen. | Strikt vegan seit 1990

20. Industriell verarbeitete Nahrungsmittel vermeiden.

21. Getränkeflaschen mit Kronenkorken vermeiden.

22. Leitungswasser statt Flaschenwasser trinken. Wasserfilter sind meist überflüssig.

Werde so zum Teil der Lösung, statt Teil des Problems

23. Wiederverwende Jutebeutel, statt immer wiederneue Plastikbeutel.
Wiederverwende unvermeidbare Plastikbeutel.

24. Versuche weniger Mikrowelle zu nutzen, weniger zu braten oder zu kochen. – Mehr roh macht froh! | Habe keine Mikrowelle

25. Wäsche mit Ökowaschmittel und nur bei 40 °C waschen.

26 Auf Wäschetrockner verzichten. | Habe keinen

27. Auf Geschirrspüler verzichten. | Habe keinen

28. Wohnung nicht größer als nötig. | Seit 2013 nur 36 m²

29. Heizung reduzieren. Digitalen Thermostat einbauen.

30. Brauchwasser zur Toilettenspülung nutzen. | Seit 2023

31. Nicht täglich duschen. Wenn doch, sammle das Wasser zum Spülen der Toilette. Nutze einen Sparduschkopf.

32. Schalte das Licht aus, wenn Du einen Raum verlässt.

33. WLAN ausschalten, wenn nicht gebraucht. | Seit 2015

34. CO2-neutral surfen im Internet mit Ecosia. | Seit 2024

35. Digitalgeräte nur auf 80 % aufladen. | Seit 2023

36. Nutze wenn möglich wiederaufladbare Batterien. | Seit ca. 2000

37. Ersetze defekte Glühbirnen durch LED. | Seit ca. 2003

38. Geräte, wenn möglich reparieren lassen; sonst zurückgeben.

39. Politisch engagieren. | Seit 2004 Mitglied bei den GRÜNEN

40. Handys und Computer sind länger zu gebrauchen, als die Werbung uns glauben machen will. Wenn Windows aktualisieren nicht möglich ist, Umstieg auf Ubuntu/UNIX.

41. Lebensmittel- und Kosmetika-Qualität vor dem Kauf mit der Yuka-App prüfen.

42. Rauche nicht. Wenn doch, entsorge die Filter korrekt.

zu bleiben und profitiere davon: finanziell und gesundheitlich!

GRÜNE ALTE

GRÜNE ALTE

Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Tel. 030 28442-0
Fax 030 28442-210
www.gruenealte.de